

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

7.11.1928 (No. 261)

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Bernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 8515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Eberhard
E. Amen
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, bei als Kassenratung gilt und vertrieben werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Auflage oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Hoover gewählt

Billige Niederlage des Demokraten Smith

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen, die in einer Reihe von Wahlen aus Amerika zum Ausdruck kommen und naturgemäß noch eine gewisse Änderung erfahren können, sind von 531 Wahlmännern 444 Republikaner gewählt worden, die ihre Stimme für Hoover abgeben werden, und nur 87 demokratische Wahlmänner, die für Smith stimmen werden. Namentlich der Übergang des Staates New York zu den Republikanern bedeutet für die Demokraten eine schwere Enttäuschung. Am Dienstag fanden in Amerika die Präsidentschaftswahlen statt, bei denen die 531 Wahlmänner zu wählen waren, die im kommenden Frühjahr erst den kommenden Mann bestimmen sollen. Da aber die Partei Sieger ist, welche die Mehrzahl der Wahlmänner, also mindestens 266 erhält, brachte bereits der gestrige Tag die Entscheidung, welche Partei ihren Kandidaten auf den Präsidentschaftsthron bringt. Es standen sich als Kandidaten bekanntlich der Demokrat Smith und der Republikaner Hoover gegenüber.

Die Präsidentschaftswahlen sind in den Vereinigten Staaten von außerordentlich großer Bedeutung, da der Präsident Machtbefugnisse hat wie kaum ein anderes Oberhaupt eines modernen Staates. Er ist Staatsoberhaupt und Ministerpräsident in einer Person und ernannt aus eigener Machtvollkommenheit sein Kabinett. Kein Kongreß vermag durch Mißtrauensvoten unliebsame, von ihm ernannte Staatssekretäre zu stürzen. Nicht einmal in Kongreßverhandlungen sind die amerikanischen Staatssekretäre verpflichtet, Rede und Antwort zu stehen. Von der Person des auf vier Jahre gewählten Präsidenten hängt also sehr viel ab.

Nach der letzten Nachricht hat Hoover eine große Mehrheit erreicht, die auch die optimistischsten Voraussagen übertrifft. Smith hat Hoover herzlich zu seinem Wahlsieg beglückwünscht.

Auf Grund des Wahlsieges der Republikaner wird Senator Charles Curtis Vizepräsident werden.

Außer den Wahlmännern für die Präsidentschaftswahl waren noch ein Drittel der Bundeskongressen, Gouverneure und 458 Mitglieder des Repräsentantenhauses neu zu wählen.

Der Verlauf der Wahlen

W.D. New York, 7. Nov. (Tel.) Aus dem Verlauf der Präsidentschaftswahl, die sich diesmal durch einen Rekord der Wahlbeteiligung auszeichnete, ist als bemerkenswert hervorzuheben, daß dem demokratischen Kandidaten Smith, dem Gouverneur des Staates New York, die Wahlmännerstimmen dieses Staates verlorengegangen sind, obwohl die Stadt New York selbst überwiegend demokratisch gestimmt hat. Weiter sind dem demokratischen Kandidaten verschiedene Staaten des Südens verlorengegangen, die in früheren Wahlen ausnahmslos demokratisch gestimmt haben. Auch die Farmer des mittleren Westens haben anscheinend ihre Stimmen für Hoover abgegeben, obwohl man im demokratischen Lager gerade aus Farmerkreisen eine starke Unterstützung der Kandidatur Smith erwartete hatte, namentlich nachdem Senator Norris von den Republikanern abtrünnig geworden war. Um 10 Uhr war Hoovers Sieg bereits gesichert; die in den folgenden Stunden eintreffenden Ergebnisse aus den abgelegenen Distrikten, die die Stimmen für Hoover lawinartig anschwellen ließen, gaben diesem Sieg dann tatsächlich den Charakter dessen, was im amerikanischen politischen Jargon als „Landslide“, „Erdrutsch“, bezeichnet wird.

Trotz der ungeheuren Wahlbeteiligung blieben störende Zwischenfälle verhältnismäßig gering. Wo sie vorliefen, erklärten sie sich vielfach daraus, daß in vielen Städten, wo keine Stimmmaschine zur Verfügung stand und mit Stimmzetteln gewählt werden mußte, die Wahllokale derart mit Stimmzetteln überflutet wurden, daß Jäger zu ihrer Aufbewahrung herbeigeschafft werden mußten. New York ebenso wie die kleinste Stadt des Landes bot ein Bild gespannter Verfassung. Auf den Straßen, in denen sich Kopf an Kopf drängte, in den Restaurants und anderen öffentlichen Lokalen, ja selbst im Auktionshaus Sing-Sing wurden die Wahlergebnisse durch Rundfunk und Lautsprecher bekanntgegeben. In den großen und eleganten Hotels, in deren Gesellschaftsräumen sich ungezählte Gäste für die Wahlnacht eingefunden hatten, hielt man mit der Begeisterung über den Sieg Hoovers nicht zurück. Die New Yorker Gesellschaft hatte die erste Hälfte des Wahlabends in der Metropolitan Opera verbracht, wo Richard Strauß „Agrippine Helena“ mit Laubenthal und der Percha in den Hauptrollen in einer glänzenden Aufführung zum erstenmal über die Bretter ging. Als hier die ersten Nachrichten über den Sieg Hoovers eintrafen, aufkerten die bekannten Vertreter der Finanzwelt, die wegen der Auswirkung der Präsidentschaftswahl auf die Welt Borsen gespannt waren, größte Befriedigung, während sich rasch nachher herausstellte, daß nicht nur das Fortbestehen einer republikanischen Regierung gesichert war, sondern daß Hoover wahrscheinlich mehr Wahlmännerstimmen erhalten wird, als Harding und Coolidge seinerzeit erhielten.

Amerika und das Reparationsproblem

Aus New York wird dem „Evening Standard“ berichtet, man wäre nicht überrascht, wenn Hoover, falls die Wahl auf ihn falle, dank seiner Erfahrungen als Ausschußmitglied für

Letzte Nachrichten

Die Finanzsorgen des Reichs

M. Berlin, 7. Nov. (Priv. Tel.) Wie es heißt, wird sich das Reichskabinett in seiner heutigen Sitzung wieder mit der Reparationsfrage nach dem Konflikt im Ruhrgebiet beschäftigen. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß es in erster Linie Staatsfragen sind, welche die heutige Sitzung notwendig machen. In politischen Kreisen nimmt man an, daß die Absicht, den Haushalt nach vor Weihnachten dem Reichstag vorzulegen, an der Unmöglichkeit scheitern wird, das Defizit von 600 Millionen Reichsmark zu decken.

Dr. Stresemann beim Reichspräsidenten

W.D. Berlin, 7. Nov. (Tel.) Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, zum Vortrag. Der Herr Reichspräsident sprach bei dieser Gelegenheit dem nach langem Erlaubnisurlaub in sein Amt wieder zurückgekehrten Minister seine besten Wünsche für weiteres persönliches Wohlergehen aus.

Keine Räumungsvorbereitungen in der Koblenzer Besatzungszone

W.D. Koblenz, 7. Nov. (Tel.) Zu den von verschiedenen Seiten in letzter Zeit veröffentlichten Nachrichten, daß innerhalb der Koblenzer Besatzungszone Räumungsvorbereitungen getroffen und von der Besatzung Arbeits- und Versorgungsträger angekündigt worden seien, erfahren wir von zuständiger Seite, daß alle diese Nachrichten unzutreffend sind. Abgesehen von geringfügigen Veränderungen ist weder bei den zuständigen Reichsbehörden, noch von der Stadtverwaltung irgendwas von der Auffündigung von Verträgen in größerem Ausmaß bekannt. Nach alledem rechnet man nicht damit, daß die interalliierten Ausschüsse ihren Sitz von Koblenz verlegen wollen.

Im preussischen Landtag

Kam es am Dienstag zunächst zu einer stürmischen Geschäftsordnungsdebatte, weil bei der Beratung einer kommunalpolitischen Anfrage über den Zusammenbruch einer städtischen Baugenossenschaft kein Regierungsvertreter anwesend war. Gegen die Regierungspartei wurde die Herabsetzung des Innenministers beschlossen, der dann eine kurze Erklärung abgab.

Den Hauptinhalt der weiteren Beratungen bildete eine ausgedehnte Debatte über die verschiedenen Anfragen und Anträge zu den Arbeitertransperrungen im Ruhrgebiet. Der Sozialdemokrat Müller, Duisburg, bezeichnete die Haltung der Arbeitgeber als Rebellion gegen den Staat und seine Gesetze und verlangte härtestes Eingreifen des Staates. Der deutschnationale Dr. Derberg erklärte, daß die Unternehmer nur einen rechtlich zulässigen Kampf um günstigere Bedingungen führten, wie ja auch den Arbeitern der Streik erlaubt sei. Nachdem noch der Abgeordnete Heßbron (Ztr.) erklärt hatte, die Unternehmer hätten den Kampf bewußt heraufbeschworen, weil sie zeigen wollten, daß der Staat sich dem größeren Gebot folgen müsse, kamen noch zwei kommunalpolitische Redner zum Wort, ehe die weitere Beratung auf Mittwoch vertagt wurde.

Ein Volksbegehren in Danzig

Nachdem das von den Regierungsparteien in Danzig unterstützte Volksbegehren, das neben der Verkleinerung des Senats und des Volksrates in der Hauptsache die Verantwortlichmachung des Gesamtstadts verlangt, die vorgeschriebene Zahl von Stimmen erhalten hat, ist der Gesetzentwurf im Volksrat zur Beschlußfassung vorgelegt worden. Bei der 1. und 2. Lesung des Gesetzes zeigte sich, daß die ablehnende Haltung der Deutschnationalen, der Nationalliberalen und der Kommunisten sich nicht geändert hat. Unter diesen Umständen ist nicht damit zu rechnen, daß der Gesetzentwurf die nach der Verfassung erforderliche qualifizierte Mehrheit erhält. Nach dieser Sachlage wird also über den Gesetzentwurf das Volk zu entscheiden haben. Für den Volksentscheid ist bereits ein Tag im Dezember vorgesehen worden.

Ein kommunalpolitischer Reichstagsausschuß. Der Reichstagspräsident Lohse hat die Vorstände der großen Gemeindeverbände zu einer Konferenz mit den Parteiführern eingeladen, die bald nach dem Zusammentritt des Reichstags über die Einsetzung eines kommunalpolitischen Ausschusses beraten soll.

die ausländischen Schulden eine für die Schuldverstaaten günstigere Haltung als das bisher Coolidge getan habe, einnehmen würde, indem er die Frage der Schulden der Alliierten gegenüber Amerika von der Regelung der Reparationen abhängig machen würde, sofern es gelänge, einen Plan auszuarbeiten, nach welchem die Schuldeneinlösung auf Jahre hinaus sichergestellt werden könnte, ohne daß die amerikanischen Steuern erhöht werden müßten.

Die Gouverneur- und Parlamentswahlen

W.D. New York, 7. Nov. (Tel.) Im Staate Georgia wurden der demokratische Gouverneur und sämtliche 12 demokratischen Kongreßmitglieder wiedergewählt. Obwohl noch nicht alle Resultate vorliegen, ist es wahrscheinlich, daß Franklin Roosevelt Gouverneur des Staates New York wird.

Geld und Kredit*

Reichsbankdiskont, Auslandsanleihen, Reparationen
Von Dr. Klaus Buchmann, Berlin.

Während die Anhänger der Zirkulationskredittheorie die Anschauung vertreten, daß die Erweiterung des Zirkulationskredits seitens der Banken — d. h. desjenigen Kredits, der nicht aus eigenen oder aus fremden, von Einlegern zur Verfügung gestellten Mitteln gewährt, sondern erst durch die Ausgabe von nicht durch Geldgedeckten Umlaufmitteln, Noten und Kassenführungsguthaben, ermöglicht wird — am Ausgangspunkt der Entwicklung der Wirtschaft von der Stagnation über die gute Konjunktur bis zur Krise steht und deshalb zu bekämpfen sei, behaupten andere, daß eine Kreditexpansion nicht die Ursache, sondern nur die Folge des Konjunkturaufstieges sei.

So auch der bekannte Frankfurter Bankfachmann Dr. L. Albert Sahn, der in einer ebenfalls erst kürzlich bei Gustav Fischer, Jena, erschienenen Schrift „Aufgaben und Grenzen der Währungspolitik“ zunächst gegenüber anderen bei uns noch immer anzutreffenden Anschauungen feststellt, daß sich eine Inflation, wie wir sie bis Ende 1923 erlebten, bei Einhaltung der bestehenden gesetzlichen Notendeckungsvorschriften unter keinen Umständen wiederholen kann: Weil jede beginnende Instabilität unserer Währung heute ihr Selbstkorrektiv in sich trägt, denn der Abfluß von Gold und Devisen muß nach den bestehenden Bestimmungen kontrahierend auf den Notenumlauf wirken. Damit ist die Währungsstabilität garantiert. Die Entwicklung einer Konjunktur aber sieht Sahn als unbedenklich an, wenn nicht eine Erweiterung des Kredits seitens der Reichsbank damit parallel geht. Und umgekehrt sei eine Konjunktur zum Niedergang verurteilt, wenn eine Kreditrestriktion durchgeführt, d. h. der Kredit eingeschränkt oder verweigert wird. Jede Veränderung in der Notenpolitik der Reichsbank beeinflusst somit die Konjunkturentwicklung in der wirksamsten Weise. Sahn zeigt dann zahlreiche Fehler auf, die die Reichsbank seit Januar 1924 namentlich auf dem Gebiete der Diskontpolitik gemacht hat oder gemacht haben soll. Infolge dieser Fehler habe eine wirklich gesunde Entwicklung der Volkswirtschaft erst ab Mitte 1926 eintreten können, während sie wesentlich früher eingetreten hätte, wenn die bereits im November 1923 beginnende Konjunkturstimmung nicht zweimal durch künstliche Belebung der Wirtschaft unterbrochen worden wäre.

Aber auch seit 1926 seien noch schwere Fehler vorgekommen. In der Depressionsperiode des 1. Halbjahres 1926 habe es die Reichsbank unterlassen, durch Mißheruntergehen oder Unterbieten der Sätze des freien Marktes die Wirtschaft zur Entfaltung anzuregen. In der Aufschwungsperiode, seit Anfang 1927, wo die Sätze des freien Marktes dauernd über dem Reichsbankfuß lagen, sei sie zunächst unnötigerweise mit ihrem Diskont herabgegangen und habe es alsdann veräumt, durch Mißherausgeben mit den Sätzen oder Hinausgeben über die Sätze des freien Marktes die Entfaltung der Wirtschaft zu bremsen. Es sei auch eine gewisse Angst der Reichsbank vor einem Aufschwung der Börse gewesen, die 1926 den Aufschwung der Wirtschaft verhindert habe. Maßnahmen, die zur Belebung der Wirtschaft notwendig waren, seien unterblieben, weil sie gleichzeitig die Börse belebt haben würden. Und dabei dürfe doch von der Vorkriegszeit her feststehen, daß der Aufschwung der Börse, ja manchmal sogar eine Übertreibung dieses Aufschwunges, ein charakteristisches Merkmal der Depressionsperiode ist, aus der die Wirtschaft gerade infolge der Börsenhausse herausgerissen wird.

Der sog. „Konstatierungstheorie“, wonach die Notenbanken ihren Zins ermäßigen sollen, wenn die Zinssätze des freien Marktes sich ermäßigen, und ihn erhöhen sollen, wenn die Zinssätze des freien Marktes sich erhöhen, stellt Sahn die Stabilisierungstheorie entgegen, deren positiver Inhalt besagt: Die Reichsbank hat mit ihrem

* Vgl. den Aufsatz „Geld und Kredit“ in Nr. 256. Hier war darauf hingewiesen, daß die Konjunkturrellen nicht durch Bankpolitik, sondern allenfalls durch fortschreitende Kapitalbildung zum Verschwinden gebracht werden könnten, daß aber die öffentliche Meinung die Banken geradezu zu neuer Expansion des Zirkulationskredits ermuntere. Die künstliche Anspornung der Unternehmertätigkeit durch die Banken wird als bedenklich bezeichnet. Es ergibt sich schon aus der Forderung einer fortschreitenden Kapitalbildung als logische Konsequenz, daß die Kapitalbildung durch entsprechende Wirtschaftspolitik zu fördern ist.

Diskont, unabhängig von den Sätzen des freien Marktes, herunterzugehen, diese also gegebenenfalls zu unterbinden, wenn dies zur Konjunkturbelebung zweckmäßig erscheint. Sie hat ihren Satz, unabhängig von den Sätzen des Geldmarktes, zu erhöhen, wenn sie konjunkturfördernd wirken zu müssen glaubt. Denn Aufgabe der Währungspolitik sei die Vermeidung eines dauernden Auf und Ab der Konjunktur. Daß dies möglich sei, zeigten die Konjunkturabilisierungserfolge der Federalreservebanken in den Vereinigten Staaten. Allerdings gebe es eine große Zahl von Umständen, die die Dinge in Deutschland wesentlich schwieriger gestalten, aber nicht diese Umstände seien es, durch die die Gradlinigkeit der Entwicklung in Deutschland seit der Stabilisierung gestört wurde. Sie sei auch nicht dadurch gestört worden, daß etwa die privaten Banken auf Grund der Möglichkeit, Kaufkraft im Wege der Guthabekonten zu schaffen, die Reichsbankpolitik durchkreuzt hätten. Im Gegenteil, es sei geradezu erstaunlich, wie exakt und zwangsläufig die Kreditexpansion und -restriktion der Privatbanken der Notenumlaufexpansion und -restriktion der Reichsbank entspreche. Verursacht seien diese Störungen vielmehr in der Hauptsache durch gewisse wesentliche Abweichungen von den Grundsätzen gesunder Währungspolitik. — Inwieweit Sahn mit dieser seiner Kritik im Recht ist, soll hier nicht näher untersucht werden. Tatsache aber ist, daß Präsident Dr. Sahn, dessen Amtszeit am 5. November d. J. abgelaufen gewesen wäre, mittlerweile von dem Generalrat der Reichsbank, der aus sieben Deutschen und sieben Ausländern besteht, einstimmig wiedergewählt wurde.

Unter den Maßnahmen, die angeblich zur erfolgreichen Durchführung einer Währungspolitik nötig sind, wird auch die Beeinflussung des internationalen Kapitalstromes, insbesondere seine mehr oder weniger dauernde Abperrung genannt. Auslandsanleihen wirken aber, nach Sahn, nicht inflatorisch, sofern nur bei der Einführung ihres Gegenwertes keine Fehler gemacht werden. Weit davon entfernt, das Preisniveau zu erhöhen, wirken sie tatsächlich preisnivellierend. Hieraus ergebe sich, daß konjunkturpolitisch das Herbeiführen von Auslandsanleihen eine ungemein erwünschte Erscheinung sei. Alle Argumente, die gegen die Zulässigkeit des freien Kapitalimports angeführt würden, seien unhaltbar. Zu fordern sei die grundsätzliche und restlose Wiederherstellung des internationalen Kapitalverkehrs. Wichtig sei, sagt Sahn, daß die Kapitalknappheit in Deutschland zum Teil durch das Aufbringen der Reparationen und überhaupt durch den überhöhten Steuerdruck verursacht ist. Aber deshalb seien die Auslandsanleihen, die der Bekämpfung dieser Kapitalknappheit dienen, noch lange nicht die Bedingung der bisherigen Aufbringung der Reparationszahlungen gewesen. Ohne Auslandsanleihen hätten wir höhere Zinssätze, aber nicht ein Stöcken in der Aufbringung der Reparationszahlungen, die durch die behinderte Kapitalneubildung allein jedenfalls nicht unterbunden würde. Wichtig sei ferner, daß auf Grund der Entwicklung, die die Dinge nun einmal genommen haben, die Probe, wieviel Deutschland eigentlich aus Exportüberschüssen zu transferieren in der Lage ist, nicht angestellt werden kann. Ein Effektivtransfer der Reparationen habe bisher infolge der einströmenden Auslandsanleihen überhaupt nicht stattgefunden und werde möglicherweise bis auf weiteres auch nicht stattfinden. Denn jeder Kleinste, zur Erzwingung eines Effektivtransfers erfolgende Devaluationsdruck werde immer sofort den Gegenstrom der Auslandsgelder in Fluß bringen. Das bedeute aber, daß die endgültige Fixierung der Reparationsverpflichtung Deutschlands überhaupt nicht mehr von dem Dawesexperiment erwartet werden dürfe, sondern auf Grund anderweitiger politischer und wirtschaftlicher Erwägungen geschehen müsse.

Ein deutsch-nationaler Flaggenantrag wurde vom Verfassungsausschuß des Preussischen Landtages abgelehnt. In dem Antrag war unter Hinweis auf den bekannten Beschluß des Staatsgerichtshofes die Staatsregierung ersucht worden, alle Verordnungen, die eine Einschränkung auf die Flaggentragung bezwecken, grundsätzlich unverzüglich aufzuheben. Ferner wurde jeder Versuch, in Flaggentragen auf die Bevölkerung irgendeine Form des Zwanges auszuüben, als verfassungswidrig angesehen. Ein Regierungsvortrag erklärte, daß es in Preußen nur noch zwei sogenannte Flaggentragungen gebe. Einmal bestehe noch die Verordnung, die den Schulen vorschreibt, am Verfassungstage schwarz-rot-gold zu flaggen. Weiter gebe es noch eine andere Anweisung, wonach Beamte an Veranstaltungen, bei denen geflaggt wird, nur dann teilnehmen dürfen, wenn auch die Reichsflagge gezeigt wird.

Die Aussenauktion

W.D. Berlin, 7. Nov. (Tel.) Die letzte Versteigerung von Kunstwerken aus Leningrader Museen und Schloßern wurde heute beendet. Die geistige Versteigerung erbrachte einen Gesamtbetrag von zwei Millionen Reichsmark.

Der Kampf um die Russenauktion ist der „A. J.“ zufolge in ein neues Stadium getreten. Nachdem das Kammergericht den Anträgen des Fürsten Dabrischa-Rotomancz auf Sicherstellung ansehnlich ihm gehörender Kunstgegenstände stattgegeben hatte, hat das Landgericht II in Berlin 14 weitere einstweilige Verfügungen erlassen. Das Landgericht II hat dem Antrag aus folgenden Gründen stattgegeben: Das Vorbringen der Antragssteller läßt zwar erkennen, daß die durch Gewalt ihnen abhanden gekommenen Gegenstände sich zurzeit im Besitz des russischen Staates befinden, nicht aber, daß die Sowjetunion den Besitz im Wege der Enteignung nach dem damals vorgeschriebenen Enteignungsverfahren erworben hat. Die Zahl der Gegenstände, deren Versteigerung verboten ist, beträgt etwa 100. Von besonderer Bedeutung ist, daß ein Teil der Gegenstände, die nicht versteigert werden dürfen, bereits gestern vor Zustellung der Verfügungen versteigert war. Da diese Stücke nicht mehr wie die bisher versteigerten vom Gerichtsvollzieher sichergestellt werden können, wird der Erlös hinterlegt werden müssen.

Nach dem Rücktritt Poincarés

Das Reparationsproblem

M. Berlin, 7. Nov. (Tel.) In Berliner politischen Kreisen nimmt man an, daß unter allen Umständen die Neubildung des Kabinetts Poincaré der Reparationsfrage günstig sein werde. Denn wenn Poincaré zurückkehrt, wird er zweifellos großes Gewicht auf die Zustimmung der Linken legen müssen. Man rechnet auch damit, daß die Maringruppe aus der Neubildung ausscheidet. Sollte Poincaré nicht wieder kehren, so würden an seiner Stelle Politiker der Linken, entweder Tardieu (Finanzen) oder Briand (Außen) als Leiter des Kabinetts in Frage kommen. Man rechnet damit, daß dann auch der Widerstand gegen die Sachverständigen und der Kampf um die Begrenzung ihrer Befugnisse aufhören werden, weil Poincaré in dieser Richtung persönlich gebunden war. Er hatte mit den Dantiers, die ja in erster Linie in Frage kommen, wegen der Stabilisierung schwere Kämpfe zu bestehen und fürchtet offenbar, daß jetzt ihr Einfluß verstärkt werde. Daß Gaillaux, der ja in erster Linie als der Stürzer der Regierung anzusehen ist, in Frage kommt, hält man für ausgeschlossen. Es ist möglich, daß es zu einer Spaltung der Radikalen kommt, die dann eine Konzentration der Mitte zwangsläufig herbeiführen würde, während sonst eine Konzentration der republikanischen Parteien wahrscheinlich ist.

Zur politisch-parlamentarischen Lage

W.D. Paris, 7. Nov. (Tel.) Über die durch die Demission des Kabinetts Poincaré geschaffene Lage berichtet der „Matin“: Poincaré bleibt der große Meister der Stunde. Ob er sich nun entschließt, bereits jetzt das Ministerium wieder zu bilden, indem er sich darauf beschränkt, die vier zurückgetretenen radikalen Minister zu ersetzen, oder ob er die unvermeidlichen Mißerfolge der anderen Kombinationen, die man vielleicht ins Auge fassen könnte, abwartet. Nur eines könnte eine vollkommen neue Lage schaffen, das wäre eine Spaltung oder wenigstens eine Abplitterung, sei es in der sozialistischen, sei es in der radikalen Partei.

Seit einiger Zeit ist viel vom Austritt Paul-Boncour aus der Sozialistischen Partei die Rede, die ihm seine Mitarbeit beim Völkerbund zum Vorwurf macht. Man muß daran erinnern, mit welcher Begeisterung der Name Paul-Boncour auf dem radikalen Parteitag in Angers von den „Verschönerern“ genannt worden ist. Aber es scheint, daß Paul-Boncour nur einige seiner Freunde nach sich ziehen würde. Es steht außer Zweifel, daß ein neues Ministerium Poincaré die Unterstützung von wenigstens 60 Radikalen, selbst wenn ihre Haltung eine Spaltung innerhalb der Partei zur Folge haben sollte, erhalten würde. Andererseits haben die radikalen Minister bei ihrer geistigen Beratung einstimmig festgestellt, daß die Parteierklärung durch ein illogisches Manöver zurückgebracht wurde. Sie haben beschlossen, an den Parteivorstand zu appellieren, der auf ihr Ersuchen sehr bald zusammentreten wird, um ihre Erklärung anzuhören und dazu Stellung zu nehmen.

Der Präsident der Republik hat, wie aus Paris gemeldet wird, das zurückgetretene Kabinett Poincaré mit der Führung der laufenden Geschäfte beauftragt. Die Demission hat besonders Aufsehen erregt, weil am Dienstag das Parlament wieder zusammentreten sollte.

Die französischen Blätter

W.D. Paris, 7. Nov. (Tel.) Die gesamte Morgenpresse mit Ausnahme der linksstehenden Blätter verurteilt das Vorgehen der Radikalen. Der „Matin“ schreibt: Diese Krise ist vom Standpunkt des politischen Regimes aus ernst. Sie ist es noch mehr vom Standpunkt des nationalen Interesses. Das „Echo de Paris“ erklärt: Sache des Parlamentes, das allein der Volkssouveränität Ausdruck gibt, ist es, zu sagen, ob es diesen Gewaltstreich dulden und vor der Diktatur einer Minderheit kapitulieren will. Das „Journal“ sagt: Ein einziger Mann ist parlamentarisch qualifiziert, Poincarés Nachfolger zu werden, und das ist Poincaré. Nach dem „Ami du peuple“ ist die Hauptursache der Krise in der Frage der Orden und Kongregationen zu suchen. Poincaré sei durch sein Verhalten in dieser Frage der Gefangene der Radikalen geworden, er trage daher die Hauptschuld an seinem Sturz. Das „Ouvrier“ vertritt den Standpunkt, daß in Wirklichkeit die nationale Einigung schon längst überlebt war, daß aber der Zeitpunkt, sie aufzukündigen, verfrüht gewesen ist. Die Sozialisten seien weniger denn je entschlossen, an einer Regierung teilzunehmen, und der letzte, mit dem sie zusammenarbeiten würden, sei jedenfalls Gaillaux. Infolgedessen rechnet das Blatt mit einem Ministerium der Mittelparteien, das links, also bei den Radikalen, eine Stütze finden werde. Für diese Kombination nennt das Blatt Poincaré oder Tardieu. „Quotidien“ schreibt, die nationale Einigung sei nicht mehr gewesen als eine alte Trauerweide. Wie könne man sich wundern, daß ein Spatenstich genüge, um sie zu entwurzeln? Im sozialistischen „Populaire“ schreibt Leon Blum: Der Bruch zwischen der nationalen Einigung und der Radikalen Partei ist vollzogen. Alles was ich gegenwärtig sagen kann, ohne Widerspruch befürchten zu müssen, ist, daß eine radikale Regierungskombination, wenn die Krise zu einer solchen führen sollte, der Unterstützung der sozialistischen Stimmen bei der Durchführung aller im radikalen Parteiprogramm geforderten Reformen sicher sein kann.

Parlamentseröffnung in England

Der König von England eröffnete am Dienstag die fünfte und letzte Tagung des gegenwärtigen Parlaments mit einer Rede. Er erklärte dabei u. a., daß die Beziehungen Englands zu den anderen Staaten nach wie vor freundschaftlicher Natur seien und gab seiner besonderen Genugtuung über die erfolgte Unterzeichnung des Antikriegspaktes Ausdruck. In bezug auf das Reparationsproblem würdigte der Monarch die erzielten Fortschritte und hob hervor, daß die englische Regierung die Notwendigkeit anerkannt habe, in Verhandlungen über das deutsche Ersuchen auf Rheinlandräumung einzutreten. In längeren Betrachtungen erging sich der König dann abschließend zur inneren Lage des Landes. Die Parlamentseröffnung hat das gewohnte glänzende Bild.

Zu Beginn der Aussprache im Unterhaus über die Antwortadresse auf die Thronrede ergriß MacDonald als Führer der Opposition das Wort, um scharfe Kritik an der Haltung der englischen Regierung auf dem Gebiete der inneren und äußeren Politik zu üben. Durch die Vorbehalte der englischen Regierung zum Antikriegspakt sei dieser in seinem Kern zerstört worden. Die Regierung habe ihr Bestes getan, um den Tätigkeitsbereich des Völkerbundes einzuschränken und der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz alle nur möglichen Hindernisse in den Weg zu legen.

Baldwin habe goldene Gelegenheiten verpaßt, um den Nationen Europas Sicherheit zu geben.

Der Kampf in der Eisenindustrie

Die Lage

Weber bei den Arbeitgebern noch bei den Gewerkschaften der Metallindustrie ist vorläufig etwas davon bekannt, daß von dritter Seite, wie ein Berliner Blatt behauptete, Vermittlungsversuche in Sachen der Aussperrung unternommen werden. Mit der Festlegung des Termins für die Klage vor dem Arbeitsgericht in Duisburg auf den 16. November haben sich sowohl die Arbeitgeber als auch die beklagten Gewerkschaften in Duisburg einverstanden erklärt. Die Lage ist ruhig. Man rechnet nunmehr damit, daß bis zur Beendigung des Streikes längere Zeit verstreichen wird.

Wie die „Germania“ von autoritativer Seite aus dem Aktionskomitee der Arbeitgeber erzählt, werden sich diese dem Spruche des Arbeitsgerichtes beugen, werden sich diese dem Spruche des Arbeitsgerichtes beugen, werden sich diese dem Spruche des Arbeitsgerichtes beugen. Würde also die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches als rechtmäßig erlangt anerkannt, dann würde die Aussperrung aufgehoben. Wie das Blatt weiter hört, ist die Arbeitgeberseite jederzeit grundsätzlich zu Verständigungsverhandlungen bereit. Ihr Hauptstreben geht dahin, zu einer langfristigen Sicherung und Fixierung der gesamten Arbeitsverhältnisse in der Eisenindustrie zu kommen, vor allem also auch der Arbeitszeitverhältnisse.

Der Reichstag und der Ruhrkonflikt

W.D. Berlin, 7. Nov. (Tel.) Die geänderte Tagesordnung für die erste Reichstagsitzung nach der Sommerpause liegt nunmehr vor. Die Sitzung beginnt am Montag nachmittags 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen lediglich Anträge, die die Aussperrung in Westdeutschland betreffen und zwar die kommunizistische Interpellation über die Aussperrung in der Hüttenindustrie des Rhein- und Ruhrgebietes, dann ein kommunizistischer Antrag über die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung an die ausgesperrten Arbeiter und Angehörigen und schließlich ein kommunizistischer Gesetzentwurf über die Aufhebung des gesetzlichen Schlichtungswesens, der bereits vor der Sommerpause im Ausschuss beraten worden ist. Wie das Nachrichtenbüro des DRZ hört, werden aber auch noch andere Interaktionen, insbesondere Sozialdemokraten und Zentrum Anträge und Interpellationen zur Aussperrung in Westdeutschland vorlegen, die dann zu Beginn der Montagsitzung nachträglich auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt werden dürften.

Die Unterstützung der Ausgesperrten

W.D. Essen, 7. Nov. (Tel.) Über die Unterstützung der im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Aussperrten durch die Gewerkschaften erfahren wir, daß die Höhe der Unterstützung je nach der Vermögenslage des Arbeitnehmers, nach der Zahl der Kinder, ferner nach der Zahl der gekürzten Beitragswochen und der Beitragsklasse zwischen 2 und 4 M. täglich schwankt. Von den Metallarbeitern sind nur etwa 30 Proz. organisiert. Die 218 000 Aussperrten sind aber nicht durchweg Metallarbeiter; es kommen auch Maurer, Schreiner, Tischler und andere in den Betrieben Beschäftigte, abwärts organisierte Leute hinzu, so daß die Gesamtzahl der Organisierten im Prozentfuß etwas steigt.

In einer Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde gestern mitgeteilt, daß der Verband bei diesen Sägen in der Lage sei, den Kampf unter Umständen 20 Wochen durchzuhalten. Die Unterstützung der Ausgesperrten erfordere wöchentlich fast eine Million Reichsmark. Von der Sozialdemokratischen Partei werde eine Unterstützungsfaktion für das ganze Gebiet eingeleitet.

Die Klageschrift der Arbeitgeber

Die Begründung des Arbeitgeberverbandes zu der beim Arbeitsgericht in Duisburg eingereichten Klageschrift liegt nunmehr vor. Der Arbeitgeberverband führt in seiner Klageschrift an, daß die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches keinerlei Rechtswirkung zwischen den Parteien hervorbringe, da der für verbindlich erklärte Schiedspruch sowohl gegen zwingende Vorschriften des formellen, als auch des materiellen Rechts verstoße.

Da er vom Vorstehenden allein gefällt worden ist, verstoße er gegen die Bestimmungen des § 5 der Schlichtungsordnung. Sollten die Bestimmungen jedoch so ausgelegt werden, daß der Vorstehende den Schiedspruch allein fällen kann, so sei die Ausführungsbestimmung zur Schlichtungsordnung ungeschichtlich. Weiter wird ausgeführt, der verbindlich erklärte Schiedspruch greife materiell in die Bestimmungen des noch geltenden Rahmentarifvertrages vom 16. Mai 1927 ein. Eine weitere eingehende Begründung behält sich der Arbeitgeberverband vor.

Am Dienstag haben die Gewerkschaften durch ihre Anwälte die Gegenklage beim Arbeitsgericht in Essen eingereicht. Die Gewerkschaften sind vom Arbeitsgericht aufgefordert worden, sich zur Klageschrift der Arbeitgeber zum 10. d. M. zu äußern. Die Gewerkschaften richteten folgenden Brief an den Arbeitgeberverband Nordwest:

„Am 31. Oktober 1928 wurde der Schiedspruch vom 26. Oktober 1928 für den Bereich der nordwestlichen Gruppe vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt. Die Mitglieder Ihres Verbandes haben am 1. November 1928 auf Ihre Veranlassung den Arbeiter den Möglichkeit zur Arbeit genommen. Ihrerseits wurden Ihre Mitglieder bisher nicht angehalten, das Lohnabkommen zu erfüllen. Die tarifliche Friedenspflicht haben Sie dadurch verletzt, für deren Folgen Sie verantwortlich sind. Der Deutsche Metallarbeiterverband, Christlicher Metallarbeiterverband, Gewerbeverein Hirsch-Dünker.“

Reichsernährungsminister Dr. Dietrich hat im württembergischen Alggäu verschiedene milchwirtschaftliche Betriebe besichtigt und kehrte von Friedrichshafen nach Berlin zurück.

Reichswehrminister Dr. Groener besichtigte am Dienstag die Truppen des Standortes Ludwigsburg (Württemberg) und nahm abends an einem ihm zu Ehren gegebenen Essen teil. Heute besichtigt er die Truppen des Standortes Gmün und fährt dann nach Berlin zurück.

Mißtrauensvoten gegen preussische Minister. Im preussischen Landtag haben die Abgeordneten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Mißtrauensanträge gegen den preussischen Innenminister Grafsmitt und gegen den Wohlfahrtsminister Herrstetter eingebracht. Die Anträge werden mit dem Verhalten der Minister in der Frage der Spandauer Schutzpolizeibildung begründet.

Der deutsche Landwirtschaftsrat zur Handelspolitik. Der Ständige Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrates hat der Reichsregierung eine Entschließung übergeben, in der die Aufhebung der Getreideübergangsallzölle und die Inkraftsetzung der autonomen Sätze des deutschen Zolltarifs gefordert werden. Weiter wird verlangt eine Erhöhung der deutschen Zollsätze für Zucker und die beschleunigte Herabsetzung und baldige völlige Aufhebung des Einfuhrkontingents für zollfreies Gefrierfleisch.

Kurze Nachrichten

Deutsche Reichsangehörigkeit. Ein Entwurf über eine Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913, entsprechend wiederholt zum Ausdruck gebrachten Wünschen des Reichstages, ist, wie der „Sozial. Pressebrief“ hört, fertiggestellt. Die Beratungen mit den Ländern werden demnächst zum Abschluß gelangen. Mit den Ländern soll eine Einigung darüber erzielt werden, anstelle der Staatsangehörigkeit die deutsche Reichsangehörigkeit zu setzen. Ferner soll eine deutsche Frau, die durch Heirat Ausländerin wird, ihrer deutschen Reichsangehörigkeit nicht verlustig gehen.

Die Thüringer Regierung gebildet. In der Dienstausschreibung des Landtags von Thüringen wurde in namentlicher Abstimmung mit 28 gegen 27 Stimmen bei einer Stimmenthaltung die vorgeschlagene Regierungsliste genehmigt. Danach besteht die Regierung aus folgenden Ministern: Dr. Bauffen, Minister für Volksbildung und Wirtschaft, Dr. Kiebel, Jena, Minister für Justiz und Inneres, Tzelle, Finanzen. Die nächste Landtagssitzung findet am Dienstag, den 20. November, statt.

Der türkische Landtag. Am Dienstag nachmittags zu seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause wieder zusammentrat, lehnte mit Mehrheit einen kommunistischen Antrag auf Auflösung des Landtags und ein von derselben Partei eingebrachtes Mißtrauensvotum gegen die Regierung ab.

Verhaftung eines deutschen Führers in Afghanistan. Der im Dienst der afghanischen Regierung stehende deutsche Förster Sebald, der am 1. Nov. auf der Hauptstraße der neuen Hauptstadt Darul Aman einen ihm trotz ständigen Signalgebens ins Motorrad gelauenen Afghanen überfahren und verletzt hat, ist von der afghanischen Polizei bis zur völligen Aufklärung des Sachverhalts in Arrest genommen worden. Er darf sich jedoch selbst versorgen und ohne Beschränkung Besuche empfangen. Er steht in ständiger Verbindung mit der deutschen Gesandtschaft.

Demission des lettischen Kabinetts. Das Kabinett Juraschewitsch ist, wie aus Riga gemeldet wird, im Anschluß an den Zusammentritt des neuen Parlaments zurückgetreten. Der Präsident der Republik wird sich wegen Neubildung der Regierung zunächst an die Sozialdemokraten als die stärkste Partei wenden; doch erwartet man, daß die Regierungsbildung von einem Vertreter des Bauernbundes aus den nichtsozialistischen Parteien vorgenommen werden wird.

Badischer Teil

Zur Errichtung des Großkraftwerkes Klingnau

In der Frage der Errichtung des schweizerischen Großkraftwerkes Klingnau scheint eine Einigung zwischen dem Kanton Argau, den nordostschweizerischen Kraftwerken, den bernischen Kraftwerken und der Aktiengesellschaft Motor Columbus dahingehend bevorzuzutreten, daß die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke mit dem Kanton und den genannten drei Unternehmungen das Kraftwerk Klingnau errichten. Gleichzeitig wird auch die Errichtung des Kraftwerkes Wildegg-Brugg ebenfalls von den genannten drei Aktionärgruppen in Aussicht genommen. Bekanntlich sind die nordostschweizerischen Kraftwerke und die Motor Columbus auch beim Kraftwerk Niederschönbrunn beteiligt.

Im Großen Rat des Kantons Argau kam die Angelegenheit des Kraftwerkes ebenfalls zur Sprache und Dr. Lüscher geriet die Bedenken, die gegen die Beteiligung deutschen Kapitals in der schweizerischen Öffentlichkeit geäußert worden sind. Auch bei anderen Werken (Alteinfelden, Augst-Byhlen) sei deutsches Kapital investiert, ohne daß sich deswegen irgendwelche Schwierigkeiten oder Komplikationen zeigten.

Aus den Parteien

Im Bezirk Heiberg-Mosbach wurde der bisherige Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei, Ammann, in dieser Eigenschaft wieder gewählt und nicht als Landtagskandidat aufgestellt (Ammann ist nicht zu verwechseln mit dem Zentrumsgewerkschaften Mann).

Eine Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei des Bezirkes Wehrich einigte sich auf folgende Kandidaten: Staatsrat Weisshaupt, Pfüllendorf, Amtsgerichtsrat Deufel, Etoda, Generaldirektor Dr. Schwörer, Freiburg (bis vor kurzem Landesökonomierat in Salem). Abg. Martin, der seit 1913 der Zentrumspartei im Badischen Landtag angehört, erklärte, daß er nicht mehr kandidieren werde.

Verschiedenes

Landung des „Graf Zeppelin“ in Friedrichshafen. Am Dienstag gegen 2.30 Uhr kam der „Graf Zeppelin“, aus nordöstlicher Richtung kommend und von einem Doppeldecker begleitet, in Friedrichshafen in Sicht. Das Schiff bot bei dem sonnigen Herbstwetter einen prächtigen Anblick. Nach einer längeren Kreuzfahrt über Stadt und See erfolgte eine glatte Landung.

Feuer im Hamburger Krematorium

W.D. Hamburg, 7. Nov. (Tel.) Kurz vor Mitternacht brach im Hinterbau des Hamburger Krematoriums in Ohlsdorf ein Feuer aus. In dem Fahrstuhlschacht der Werkskühne hatten Drüsenstücke Feuer gefangen — wahrscheinlich liegt Selbstentzündung vor — und in der Nacht konnte sich in dem verlassenen Gebäude das zunächst langsam schmelzende Feuer zu einer hellen Flamme entwickeln. Kurz nach Mitternacht wurde die Feuerwehr durch Anwohner alarmiert. Sie bekämpfte mit 7 Hochrennen den Brand. Es gelang ihr, vier Särge, die zur Verbrennung in den nächsten Tagen eingeliefert waren, unversehrt in Sicherheit zu bringen. Das Feuer konnte nach einer Stunde gelöscht werden.

Die Zuckerrübenfabrik Camburg niedergebrannt

W.D. Erfurt, 7. Nov. (Tel.) In der vergangenen Nacht ist die bekannte große Zuckerrübenfabrik Camburg an der Saale durch ein Schiffsfeuer vernichtet worden. Obwohl die Motorspritzen von Jena, Apolda und Weiskens zur Hilfeleistung herbeieilten, brannte die Fabrik vollständig aus. Der Schaden ist um so größer, als erst vor kurzem die Verarbeitung der Rübenkerne begonnen hatte. — Ebenfalls in der vergangenen Nacht ist in Grohreitendach die Holzdrachfabrik der Firma Max Gerdts aus bisher noch unbekannter Ursache — man vermutet Brandstiftung — bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Die Lavafatastrophe im Atnagebiet

W.D. Catania, 6. Nov. Der Hauptlavastrom ist heute abend in das Dorf Mascali eingedrungen und hat bereits mehrere Häuser zerstört. Ein anderer kleinerer Lavastrom hat die Straße, die Mascali mit Busceti verbindet, erreicht. Der Minister für öffentliche Arbeiten ist an Bord eines Wasserflugzeuges hier eingetroffen, um Hilfsmaßnahmen in die Wege zu leiten.

Aus der Landeshauptstadt

Im Ruchsteingebiet vermisst

Vermist wird seit Sonntag, den 4. November 1928, der Regierungsrat Dr. Eugen Bollmer, 34 Jahre alt, welcher sich mit dem Touristenzug 6.38 von Karlsruhe zur Ausführung einer Fuchstour in die Gegend von Dittelsheim begeben hat. Er wurde zuletzt in dem Kurhaus auf dem Ruchstein gesehen. Von dort entfernte er sich um 11 Uhr vormittags. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Dr. Bollmer ist 1,76 Meter groß und schlank. Er hat dunkelblonde Haare, kleine Koteletts und englisch geschnittenes Schnurbärtchen, trägt Brille mit Hornfassung, graue Mütze, grauen Anzug mit braunlichen Streifen (etwas kariert), Weescheshofe, blaue Sportstrümpfe, grüne wollene Weste, braune Hafschuhe, silberne Armbanduhr und Ring mit dunkelrotem Stein. Für die Ermittlung des Vermissten ist eine Belohnung in Aussicht gestellt. Sofortige Nachrichten sind an das Landespolicieamt Karlsruhe im Bezirksamtsgebäude oder an die nächste Gendarmeriestation zu erbeten.

Zum Gedächtnis Hans Thomas. Die Stadtgemeinde hat aus Anlaß der Wiederkehr des Todestages ihres Ehrenbürgers, des Altlehrers Hans Thomas, am 7. November d. J. an dessen Grab einen Lorbeerzweig mit Stadtschleife niedergelegt lassen.

Der Telefonanruf des Karlsruher Notrufs. Ein in einer hiesigen Zeitung erschienenes Eingefahren, das sich mit der Kölner Verbrechenverfolgung beschäftigt, wirft die Frage auf, ob auch hier in Karlsruhe beim Anruf des Notrufes (Abberfallkommando) dem Notruf erst die Fernsprechnummer mitgeteilt werden muß, damit verbunden werden kann. Von polizeilicher Seite wird uns hierzu mitgeteilt, daß schon seit Jahren eine Vereinbarung mit der Post dahin getroffen wurde, daß der Notruf auch ohne Nummerangabe vermittelt wird, wenn der betreffende Teilnehmer entweder den Notruf oder das Abberfallkommando, das Bezirksamt, die Polizeidirektion oder die Polizeizentrale verlangt. Es ist damit die Gewähr gegeben, daß jedermann, ohne lange „das Telefonbuch wälzen“ zu müssen, sofort zum Ziel kommt, wenn er nur eine der fünf oben genannten Stellen verlangt.

Unentgeltliche Beratung der Geschlechtskranken. Die öffentliche unentgeltliche Beratungsstelle für Geschlechtskranke der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe wurde von der Hautabteilung nach dem Verwaltungsgebäude des städtischen Krankenhauses (Erbschloß, rechts) verlegt. Wegen der Sprachzeiten wird auf die in gleicher Nummer erscheinende amtliche Bekanntmachung der Landesversicherungsanstalt Baden verwiesen.

Das alte Weinhaus, Hotel Karpfen, das nunmehr als 100 Jahre besteht, hat einen umfassenden Umbau seiner Restaurationsräumlichkeiten erfahren. Seit 1898 in Besitz von Ludw. Koch sen. ist es seit 1924 von den beiden Söhnen Ludw. u. Karl Koch übernommen worden, die das alte Haus am Ludwigsweg-Karlstraße bereits 1925 zu einem modernen Hotelbetrieb umbauten. Nun sind mit nicht geringen technischen Schwierigkeiten und Kosten auch die Hauptrestaurationsräume und die Küchenanlagen einer Renovierung unterzogen worden. In warmer, brauner Eichenfärbung zeigt sich von heute ab der große, sehr ansprechende Gastraum, geschmückt mit einem Gemälde von Willi Geler (Wingerzense). Eine neuzeitliche Entlüftungsanlage macht den Aufenthalt noch besonders angenehm. Einen großen Teil nehmen die neu erstellten Nebenräume in Anspruch, wie kalte Küche, Küche, Kühlräume usw.; alles ist in modernster Art durchgeführt. Entwurf und Bauleitung lagen in Händen der bekannten Architekten Beuel und Langstein. Heute, Mittwoch mittags, fand vor geladenen Gästen eine Eröffnungsfestfeier statt. Herr Karl Koch begrüßte in herzlichen Worten die Erschienenen. Man sei bemüht gewesen, mit Hilfe von Architekt Langstein eine gemüthliche, der alten Tradition des Hauses entsprechende Stätte zu schaffen und die Firma Beuel und Langstein dürfe das Richtige getroffen haben. Glückwünsche für das Haus und die Familie, das neue Werk würdigend, sprachen dann aus: Herr Beuel, Stadtrat Dietrich für die Stadt, Stadtrat Künkel im Namen der Handelskammer, Syndikus Endres von der Handwerkskammer und Stadtrat von der Heydt im Namen des Verkehrsvereins. An einen Rundgang schloß sich ein Frühstück.

Badisches Landestheater. Curt Göb, der Verfasser des „Venuspost“, dessen hiesige Erstaufführung am Samstag, den 10. November, erfolgt, ist als einer der wichtigsten Dialogdichterschreiber längst geschätzt, und die Erwartung eines Theaterabends ungetrübtesten Behagens dürfte schwerlich enttäuscht werden, wenn die vorliegenden Berichte über die auswärtsigen Erfolge seines jüngsten Werkes auch nur annähernd zutreffen. — Die Regie der Aufführung liegt in den Händen Felix Baumhags.

Weiterentwicklung des Bad. Landesweiterwarte Karlsruhe. Das Vorkomitee hat sich zwar in nordöstlicher Richtung erweitert, so daß bei uns heute morgen vorübergehende Bewältigung auftrat, doch wird der Hauptteil des Tiefs voraussichtlich südlich der Alpen weiterziehen. Hierbei werden wir besonders in südlichen Landesteilen mit Niederschlägen zu rechnen haben; im Hochschwarzwald können die Niederschläge bereits in Schnee übergehen. Weiteraussehen: Wechselnd wolfig und kühl, zeitweise Niederschläge (im Hochschwarzwald in Schnee übergehend).

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Steinmetzstadt erzielte der Amtschreiber Ernst Friedrich Faust 152 von 273 abgegebenen Stimmen. Er wurde damit gewählt. Bürgermeister Faust war als Amtschreiber über 15 Jahre im Gemeindefunktion tätig. — In Markeln ist die Bürgermeisterwahl ergebnislos verlaufen. Keiner der aufgestellten Kandidaten konnte mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich vereinen. Es wurde deshalb auf den 18. November eine Wiederholung der Bürgermeisterwahl angeordnet. — In Darsheim (Amt Buchen) wurde der seitherige Bürgermeister Adolf Sebert mit 61 von 64 abgegebenen Stimmen zum Gemeindevorstand wiedergewählt. — In Hüngeheim (Bez. Adelsheim) wurde R. Sebert zum zweitenmal mit großer Stimmenmehrheit zum Gemeindevorstand gewählt.

Bürgermeisterwahl. In Hüngeheim (Bez. Adelsheim) wurde R. Sebert zum zweitenmal mit großer Stimmenmehrheit zum Gemeindevorstand gewählt.

Der Vorkaufschlag von Brühl (bei Schweikingen). Nachdem der Bürgerausschuß Brühl in der ersten Abstimmung den Vorkaufschlag abgelehnt hatte, fand sich jetzt eine Mehrheit, die für den Vorkaufschlag stimmte. Mit 23 gegen 13 Stimmen wurde der Vorkaufschlag angenommen; dafür waren die Vereinigte Bürgerpartei und die sozialdemokratische Fraktion, dagegen die Zentrumspartei und die Kommunisten.

Die städtische Sparkasse Ettlingen hat in den letzten Jahren einen erheblichen Aufschwung genommen. Die Spareinlagen betragen jetzt über 2 Millionen Reichsmark. Der Umsatz vom 1. Januar bis 30. Sept. auf einer Seite ist auf 22 300 000 M gestiegen.

Ausführung des Kurdirektorpostens in Baden-Baden. Der Kurausschuß beschloß, die Zahl der Bewerber u. den auf 1. April 1929 freierwerbenden Kurdirektorposten nicht auf die bisher eingegangenen Bewerbungen zu beschränken, sondern die Stelle auszuschreiben.

Der Bürgerausschuß Offenburg beschloß die Erbauung eines Bürogebäudes für die Kreisüberholungsstelle auf dem Gelände des Offenburger Krankenhauses, dessen Rekonstruktionsanlage der Kreisüberholungsstelle zur Verfügung steht. Das große Bauprojekt in der Rheinstraße, das im ganzen 108 Wohnungen umfassen wird und von denen 52 Wohnungen bereits erbaut sind, wird weitergeführt. Dabei wurde von einem Mitglied des Bürgerausschusses insbesondere die Erbauung von Kleinwohnungen nach dem Muster des Gfäß gewünscht, auf welche Anregung der Vorsitzende damit erwiderte, daß die Franzosen leicht zu bauen hätten; man wisse ja, woher die Mittel genommen werden. — Die großen Notstandsarbeiten für den Winter, die durch eine große Sanitationsarbeit bereits im Sommer dieses Jahres begonnen wurden werden weitergeführt durch eine Reihe von Straßenbauten und Kanalverlegungen. Es handelt sich um 3000 Tagewerte. Die Arbeiter, die beschäftigt werden, sind in der Hauptstadt angestellter Arbeiter. Die Stadtgemeinde verzichtet auf den Zuschuß des Arbeitsamtes, um die angestellten Arbeiter, die nicht mehr in Unterstützung stehen (75) berücksichtigen zu können.

Der Bürgerausschuß Konstanz nahm eine Vorlage auf Erteilung eines Urnenfeldes auf dem Friedhof mit knapper Mehrheit an. Das Zentrum nahm in Konsequenz seiner früheren Haltung bei der Errichtung des Krematoriums und der Leichenhalle eine scharf ablehnende Haltung ein.

Kurze Nachrichten aus Baden

W.D. Mannheim, 6. Nov. Im hohen Alter von nahezu 88 Jahren ist der frühere Direktor der Mannheimer städtischen Gas- und Wasserwerke, Christian Beier, aus dem Leben geschieden. Länger als 30 Jahre hat der Entschlafene diese städtischen Betriebe geleitet.

W.D. Mannheim, 7. Nov. Der Badische Honigmarkt, den der Bezirksverein für Bienezüchtung in Mannheim auf dem hiesigen Marktplatz abhält, verzeichnete gestern ein flottes Geschäft. Sowohl Tannen- wie Blütenhonig kostete 2 M das Pfund ohne Glas.

W.D. Mannheim, 7. Nov. Gestern vormittag versuchte ein 25-jähriger Tagelöhner sich in der Küche seiner Hauswirtin mit Gas zu vergiften und hatte zu diesem Zweck den Gashebel geöffnet. Ein in der Küche wohnender 23-jähriger Tagelöhner verständigte die Polizei von dem Vorfall. Nachdem nun zwei Polizeibeamte, der 23-jährige Tagelöhner und eine Schwägerin der Hauswirtin die Küche betreten hatten, entsandte unvorsichtigerweise der junge Tagelöhner ein Streichholz, um sich von der Dichtigkeit der Gasleitung zu überzeugen. In diesem Augenblick explodierte das in der Küche angesammelte Gas. Die vier genannten Personen erlitten schwere Verbrennungen hauptsächlich im Gesicht und mußten mit dem Lebensmühen, der eine Gasvergiftung erlitten hatte, ins Krankenhaus gebracht werden.

W.D. Waldorf, 7. Nov. Bei den letzten Verläufen wurden für einen Jentner Sandblätter 72—76 M erzielt. Die Ware war gut, der Preis angemessen. Die Tabakpflanzer rechnen mit einer ertragreichen Ernte, auch für das Oberruhr.

W.D. Heilberg, 6. Nov. Heute morgen wurden hier auf einem alten Eisenbahnsteig am Güterbahnhof die Leichen eines jungen Mädchens aufgefunden, das sich vom Zuge hatte überfahren lassen. Es handelt sich um zwei, bisher noch unbekannte junge Leute im Alter von etwa 20 Jahren, die nach einem Briefe des jungen Mannes aus der Gegend von Hannover stammen und hierher gekommen sind, um wegen Liebeskummer sich in Heilberg gemeinsam zu töten und gemeinsam begraben zu werden.

W.D. Bellingen, 6. Nov. Heute nacht mußte der Güterzug 6070 in Ruchbach zwei Stunden zurückgehalten werden, weil auf der Blockstelle Sommerautunnel die Nachschublokomotive eines ausfahrenden Güterzuges entgleist war. Der Sachschaden ist nicht erheblich. Der Güterzug traf mit zweistündiger Verspätung in Bellingen ein.

W.D. Landau (Pfalz), 7. Nov. (Tel.) Am 8. November kommt vor dem französischen Kriegsgericht die Anlage gegen das deutsche Dienstmädchen Driem aus Kaiserslautern zur Verhandlung, das einer „beleidigenden Haltung“ gegenüber der Besatzungsmacht beschuldigt wird. Bekanntlich hatte vor einiger Zeit das Mädchen der deutschen Polizeibehörde gegenüber behauptet, sie sei von marokkanischen Soldaten angegriffen worden. Die Besatzungsbehörde nahm darauf das Mädchen in Untersuchungshaft und teilte dann mit, die Driem habe zugegeben, daß ihre Angaben unwahr seien.

W.D. Landau, 7. Nov. (Tel.) Wie der Pfalzdienst des Süddeutschen Korrespondenzbüros aus Landau erfährt, wurden die wegen des letzten Zweibrücker Flaggengewaltens seit 15. Oktober im Landauer Militärgefängnis festgehaltenen deutschen Fleck und Reinhardt aus Zweibrücken aus der französischen Haft entlassen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	7. Nov.		6. Nov.	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.23	168.57	168.23	168.57
Kopenhagen 100 Kr.	111.79	112.01	111.78	112.00
Italien . . . 100 L.	21.96	22.00	21.96	22.00
London . . . 1 Pf.	20.336	20.376	20.333	20.373
New York . . 1 D.	4.1950	4.2036	4.1925	4.2025
Paris . . . 100 Fr.	16.38	16.42	16.38	16.42
Schweiz . . . 100 Fr.	80.70	80.86	80.69	80.85
Wien 100 Schilling	58.975	59.095	58.98	59.10
Breg . . . 100 Kr.	12.431	12.451	12.427	12.447

Der Karlsruher Hafenverkehr im Oktober. Der Gesamtverkehr des Karlsruher Rheinhafens hat sich im Oktober um rund 1000 Tonnen über den Gesamtverkehr des Monats September erhöht. Im einzelnen war eine bedeutende Steigerung der Zufuhr von Brennstoffen, Kohlen und Stückgut vorzunehmen, die teilweise dadurch ausgeglichen wurde, daß in der Abfuhr der Eisenumschlag erheblich zurückging, was in der Hauptsache wohl auf den Lohnkampf in der rheinischen Eisenindustrie zurückzuführen ist, der zu einer Zurückhaltung in der Schrotverfrachtung geführt hat.

E. Büchle

Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für 996

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl

Rheinische Hypothekenbank in Mannheim.

Wir laden die Herren Aktionäre zu einer
außerordentl. Generalversammlung
auf Freitag, den 7. Dezember d. J., vorm. 11 1/2 Uhr
in das Gebäude der Rheinischen Hypothekenbank A 2. 1
hier ein.

- Tagesordnung:**
- Beschlussfassung über Erhöhung des Aktienkapitals**
auf 12005000 RM durch Ausgabe von 6000000 RM
Stammaktien. Beschlussfassung über die näheren
Bestimmungen bei der Ausgabe der neuen Aktien
und über das Bezugsrecht der Aktionäre.
Über die Erhöhung des Grundkapitals stimmen
neben dem Beschlusse der Generalversammlung
die Stamm- und Vorzugsaktionäre gesondert ab.
 - Satzungsänderungen:** § 7. (Betrag, Einteilung des
Grundkapitals, Beschränkung der Vorzugsaktien
auf 6 % Dividende ohne Nachzahlung für Fehljahre.)
§ 11. (Möglichkeit einer von § 214, Abs. 2
Handelsgesetzbuch abweichenden Gewinnverteilung.)
§ 24. (Recht der Bank zur Ausgabe von Pfand-
briefen und Schuldscheinen nach Maßgabe
der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen.)
§ 42. (Änderung des Stimmrechts der Stamm-
aktien, je 100 RM eine Stimme, und der Vorzugs-
aktien, je 1 RM in den in § 7 bestimmten 3 privi-
legierten Fällen 6 Stimmen; Ausübung des Stimm-
rechts durch einen Bevollmächtigten.) § 43. (All-
gemeine Voraussetzungen für die Teilnahme an der
Generalversammlung und das Stimmrecht.)
In den §§ 7 und 42 stimmen neben dem Beschlusse
der Generalversammlung die Stamm- und Vor-
zugsaktionäre gesondert ab.

Jede Aktie gewährt das Stimmrecht. Dasselbe kann
auch vertretungsweise durch einen anderen, mit schrift-
licher Vollmacht versehenen Aktionär ausgeübt werden.
Eintrittskarten zur Generalversammlung werden er-
teilt:

- bei der Gesellschaftskasse,
- bei der Rheinischen Creditbank in Mannheim und deren
sämtlichen Niederlassungen,
- bei der Badischen Bank in Mannheim und Karlsruhe,
- bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft in Mannheim
und deren sämtlichen Niederlassungen,
- bei der Darmstädter und Nationalbank, K. u. N. Filiale
Mannheim,
- bei der Dresdner Bank, Filiale Mannheim,
- in Berlin
- bei der Deutschen Bank,
- bei der Direction der Disconto-Gesellschaft,
- bei dem Bankhaus J. Dreyfus & Co.,
- bei dem Bankhaus Hardy & Co., G. m. b. H.,
- bei dem Bankhaus Lazard Speyer-Eliffen K. u. A.,
- in Frankfurt a. M.
- bei der Commerz- und Privatbank A.-G., Filiale
Frankfurt a. M.,
- bei der Deutschen Bank, Filiale Frankfurt a. M.,
- bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale
Frankfurt a. M.,
- bei dem Bankhaus J. Dreyfus & Co.,
- bei dem Bankhaus Lazard Speyer-Eliffen K. u. A.,
- in Hamburg
- bei dem Bankhaus L. Behrens & Söhne,
- bei dem Bankhaus Rönigsmeyer & Co.,
- bei der Norddeutschen Bank in Hamburg,
- bei dem Bankhaus M. W. Warburg & Co.,
- in Köln
- bei der Deutschen Bank, Filiale Köln,
- bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.
- in Stuttgart
- bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale
Stuttgart,
- bei der Württembergischen Vereinsbank, Filiale der
Deutschen Bank,

ferner bei den Effekten-Giro-Banken eines deutschen
Wertpapierbörsenplatzes für die Mitglieder des Effekten-
Giro-Verkehrs.

Hinsichtlich der Anmeldungen zur Teilnahme an der
Generalversammlung usw. ist § 43 der Statuten maß-
gebend:

Anmeldungen zur Teilnahme an der Generalversam-
mlung sind zuzulassen, wenn sie nicht später als am dritten
Tage vor der Versammlung erfolgen. Zur Ausübung
des Stimmrechts ist zuzulassen, wer die Aktien spätestens
6 Tage vor dem Versammlungstage bei der Gesellschaft
oder bei einer der in der Einladung zur Generalversam-
mlung hierzu bezeichneten Stellen oder bei einem Notar
vorzeigt, wogegen ihm eine auf seinen Namen lautende
Stimmkarte ausgefolgt wird. Den Anmeldungen zur
Teilnahme und zur Erwirkung einer Stimmkarte ist ein
Nummernverzeichnis der vorgezeigten Aktien beizufügen.
Die Direktion ist berechtigt, die Hinterlegung der Aktien
zu verlangen; in diesem Fall ist die Ausübung des Stimm-
rechts von der Hinterlegung abhängig.

Mannheim, den 5. November 1928.

Rheinische Hypothekenbank.

Volksheilstätten-Geldlotterie

Ziehung 25. Oktober 1928 in Stuttgart.
In die für Baden genehmigten Lose fielen nachste-
hende Gewinne:

Re 10 RM: Nr. 14547, 14989, 17472, 17495, 29050,
29172, 35166, 35891, 40377, 40587, 40598, 40609, 48212,
48576, 48597, 52523.

Re 5 RM: Nr. 1068, 1491, 1581, 14011, 14475,
14603, 17140, 17454, 17531, 17812, 29396, 35042, 35324,
35487, 35671, 35915, 40159, 40200, 40453, 48104, 48204,
48485, 48425, 48786, 48922, 52218, 52692, 52729, 52765,
52941.

Re 2 RM gewinnen sämtliche Losnummern mit
nachstehenden drei Endzahlen (sofern nicht schon mit
höherem Gewinn gezogen):


017, 025, 080, 100, 108, 125, 150, 155, 169, 173, 179, 236,
275, 365, 374, 455, 457, 480, 484, 518, 519, 524, 556, 578,
581, 639, 643, 654, 656, 675, 697, 734, 751, 764, 795, 848,
861, 854, 872, 879, 886, 888, 905, 910, 928.

Ferner je 2 RM: Nr. 14062, 48881, 52975.

Gothaer

Wirtschafts-Bank

Versicherungen aller Art.



Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit
Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit
Gothaer Transportversicherungsbank Aktien-Gesellschaft
Gothaer Allgemeine Versicherungsbank Aktien-Gesellschaft

GEWASCHENEN

doppelt gebrochenen und gesiebten

Teergrus

liefert preisgünstig

Porphyrwerk Dossenheim

H. VATTER
DOSENHEIM A. D. B. TEL. HEIDELBERG 4099

Archivarstelle.

In Freiburg i. Br. ist die zweite Stelle am Stadt-
archiv mit der Amtsbezeichnung „Stadtschreiber“ auf
1. April 1929 zu besetzen. Es handelt sich um eine
planmäßige Beamtenstelle in der Besoldungsgruppe X
mit Aufstiegsmöglichkeit nach Gruppe XI nach
12 Dienstjahren. Die Besoldungsgruppen X und XI
Stadtschreiberentsprechend der Besoldungs-
gruppe 2c der Reichsbesoldungsordnung.
Bedingungen: Gymnasium, abgeschlossene Hochschul-
bildung, mehrjährige archivarische Praxis, insbesondere
Befähigung und Neigung zu Urkundenedition.
Bewerbungen mit Lebenslauf, Nachweis der wissen-
schaftlichen Ausbildung, Zeugnissen mit Lichtbild sind
bis spätestens 1. Dezember 1928 einzureichen. Beson-
dere Vorzüge werden nur auf besondere Aufforderung.
Freiburg i. Br., den 6. November 1928. 75
Das städtische Archivamt.

Bekanntmachung.

**Öffentliche unentgeltliche Beratungs-
stelle für Geschlechtskranke in Karls-
ruhe betr.**

Die Beratungsstelle für Geschlechtskranke in Karls-
ruhe ist in den Verwaltungsbau des städtischen Kran-
kenhauses verlegt worden. Sprechstunden werktags
von 12-1 und 6-7 Uhr, Sonntags von 11-12 Uhr
für Personen beiderlei Geschlechts.

Der Vorstand
der Landesversicherungsanstalt Baden.
Rausch. O. 3

Lagerung feuergefährlicher Flüssig- keiten.

Die Firma Rhénania-Ossag, Mineralölwerke A.-G.
in Düsseldorf, beabsichtigt, auf dem Lagerplatz Karls-
ruhe-Abenhausen, Danstraße 26, Mineralöle bis zu
1 050 000 Liter dauernd zu lagern.
Etwasige Einwendungen gegen die beabsichtigte La-
gerung sind binnen 14 Tagen, vom Tage des Erschei-
nens dieser Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich
oder zu Protokoll beim Bezirksamt oder beim Ober-
bürgermeister der Landeshauptstadt Karlsruhe anzu-
bringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen
Titeln beruhenden Einwendungen als versäumt gelten.
Gesuch und Klage liegen während dieser Zeit auf
dem Rathaus, Zimmer 124, zur Einsichtnahme offen.
Karlsruhe, den 3. November 1928. O. 3. 103
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion. O. 5

Karlsruhe: 9.989
Güterrechtsregisterinträge:
1. Zu Band 1 Seite 150:
Schnyer, Hermann, Kauf-
mann, Karlsruhe, und Hil-
da geb. Salg. Vertrag vom
22. Okt. 1928. Ertrags-
gemeinschaft mit Vor-
behaltsgut der Frau. 29.10.
1928.
2. Seite 151: Sch. Benno,
Handelsvertreter, Karls-
ruhe, und Frieda geb. Wa-
darach. Vertrag vom
8. Okt. 1928. Gütertrennung.
3.11.1928.
3. Seite 152: Glanz, Wof-
gang, Regierungsrat, Karls-
ruhe, und Hanna geb.
Eichinger. Vertrag vom
29. Okt. 1928. Gütertren-
nung. 3.11.28.
4. Band 4 Seite 94: Bel-
ter, Jakob Heinrich, Kauf-
mann, Karlsruhe, und Lina
Luise Christiana geb. Marg-
hoffstr. 64 auf die Dauer
von 6 Jahren die Jagd
im Domänenwaldstrich I
Gollmuth nebst den an-
grenzenden domänenarari-
Amtsgericht Karlsruhe.

G. BRAUN

VORM. G. BRAUNSCHE HOFBUCHDRUCKEREI UND VERLAG
G. M. B. H. KARLSRUHE KARL-FRIEDRICH-STR. 14 FERTIGT

DRUCK- SACHEN

aller Art für Industrie, Handel, Behörden und
Private. Kurze Lieferfristen. Mäßige Preise.

Städtische Sparkasse Kehl.

Geschäftsbericht für 1927.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
Gebäude	113 901,—	Guthaben der Einleger:	
Kapitalien:		a) Spareinlagen	1 512 142,12
a) Hypotheken	1 412 514,80	b) Giro- und Scheckein- lagen	436 506,16
b) Wertpapiere	1,—	c) aus Aufwertung	746 084,46
c) Aufwertungskapitalien	693 850,53	Sonstige Kapitalschulden	148 306,95
d) Schuldscheindarlehen	55 302,50	Rücklagen von früheren Jahren	50 688,89
e) Wechselanleihen	37 992,24	Reingewinn 1927	17 244,97
f) Darlehen in laufender Rechnung	532 600,05		
Einnahmerückstände	27 802,68		
Veräufschäften	22 006,—		
Kassenvorrat	15 002,75		
	2 910 973,55		2 910 973,55

Kehl, den 15. Oktober 1928.
Der Verwaltungsrat:
Dr. Krauß, Vorsitzender.

Ratschreiberstelle

64
ist alsbald neu zu besetzen.
Als Bewerber kommen nur solche Personen in Frage,
welche den Grundbuch- und Verwaltungsdienst voll-
ständig beherrschen und das 35. Lebensjahr noch nicht
zurückgelegt haben.
Die Besoldung erfolgt nach Gruppe VI der badischen
Gemeindebesoldungsordnung.
Bewerbungsschreiben mit lückenlosem handschrift-
lichem Lebenslauf und Zeugnissen sind bis
spätestens 15. d. M. beim Gemeindevorstand einzureichen.
Persönliche Vorstellung ohne Aufforderung ist nicht
erwünscht.
Kehl, den 1. November 1928.
Bürgermeisteramt:
Gebhard.

N. 999. Emmendingen. In
dem Konkurs über das
Vermögen des Reinhard
Reid, Kohlenhändlers hier,
soll demnächst Schlussver-
teilung erfolgen. Verfüg-
bar sind 157,14 RM. Die
bevorrechtigten Forderungen
betragen 145,26 RM, die
gewöhnlichen Forderungen
14 526,61 RM.
Somit werden nur die
bevorrechtigten Forderun-
gen befriedigt.
Emmendingen, 3. Nov. 28.
Der Konkursverwalter:
Dreifuß, Rechtsanwält.

Vergebung von Bauarbeiten

Wir vergeben nach der
Verordnung des Finanz-
ministeriums vom 20. Jan.
1928 für das staatl. Rebg-
gut in Lauba die nachste-
hend verzeichneten Arbei-
ten: O. 2.
1. Die Erd- und Beton-
arbeiten zur Herstellung von
Stützmauern und Planie-
ren von Wegen in 3 Losen.
2. Die Erd-, Beton- und
Eisenbetonarbeiten zur
Herstellung einer Treppen-
anlage.
3. Die Erd-, Maurer- u.
Eisenbetonarbeiten zur Her-
stellung einer Einfriedigung.

Bruchsal. 9.986
Güterrechtsregisterinträge
Band 3 Seite 187: Ruch,
Friedrich, Mechaniker-
meister in Bruchsal, und Ma-
rie Barbara geb. Brenner.
Vertrag vom 11. Okt. 1928.
Ertragsgemeinschaft
des BGB. Das in
§ 2 des Vertrags beschrie-
bene eingebrachte Gut, so-
wie die in § 4 bezeichneten
Wertgegenstände sind Vorbehalts-
gut der Frau.
Bruchsal, 31. Okt. 1928.
Amtsgericht I.
O. 11. Karlsruhe. Das
Konkursverfahren über das
Vermögen der Firma Fried-
mann, Strauß & Sommer,
Rebwaren- und Holzhandlung
in Karlsruhe, wird nach
erfolgter Abhaltung des
Schlusstermins und Vor-
nahme der Schlussverteilung
aufgehoben.
Karlsruhe, 24. Okt. 1928.
Bad. Amtsgericht A 6.



Badisches Landestheater

Donnerstag, 8. November
Vollsbühne 13

Und das Licht scheint in der Finsternis

Drama von Tolstoi
Anfang 19 1/2, Ende n. 21 1/2,
Preis A

Der IV. Rang ist für den
allgemeinen Verkauf frei-
gehalten.

Fr., 9. Nov., Das Leben König
Edwards II. von England
Sa., 10. Nov., Zum ersten-
mal: Hofkapellmeister
So., 11. Nov., Die Meister-
singer von Nürnberg
Im Konzertsaal:
Die Frau, die jeder sucht
Mo., 12. Nov., Und das
Licht scheint in der Finsternis
In der Festhalle:
2. Volkskonzert
Di., 13. Nov., Das Leben
König Edwards II. v. England